

Beschluß der Bezirksvertreterversammlung des Bereiches Hochschule und Forschung der GEW Sachsen am 18.10.2012

Betr.: Sächsisches Hochschulfreiheitsgesetz

1. Der Bereich Hochschule und Forschung der GEW Sachsen lehnt die mit der Beschlussfassung zum „Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Bestimmungen“ erfolgten Verschlechterungen im Hochschulgesetz ab, insbesondere die weitere Schwächung der akademischen Selbstverwaltungsgremien, speziell des Senates, die Regelungen zu den Zielvereinbarungen, die Austrittsmöglichkeit aus der verfassten Studierendenschaft und die Einführung von Langzeitstudiengebühren. Der Bezirksverband fordert deren Rücknahme.
2. Der Bereich Hochschule und Forschung der GEW Sachsen betrachtet die Art und Weise, mit der noch innerhalb weniger Tage wesentliche Änderungen am Gesetzentwurf von den Regierungsfractionen eingebracht und durchgesetzt worden sind, für undemokratisch und deshalb inakzeptabel.